

GGG Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Heft 2/2011



POLITIK MACHT SCHULE

Inklusion macht Schule

So lautet das Motto des 32. Bundeskongresses der GGG in Hildesheim in der Robert-Bosch-Gesamtschule, Trägerin des Deutschen Schulpreises 2007. Ausführliche Informationen zum Kongress-Programm sind nachzulesen im

GGG-Extra Seite I-IV

Farbwechsel in drei Bundesländern

Der Auftakt im Wahljahr 2011 hat zu leichten und gravierenden Veränderungen bei den Mehrheitsverhältnissen in drei Landtagen geführt. Wolfgang Vogel geht der spannenden Frage nach, welche Folgen das für die Bildungspolitik hat.

Seite 3 f

Organisationskizze Robert-Bosch-Gesamtschule

Im zwölften Beitrag der Serie skizzieren Lothar Sack und Wilfried Kretschmer die Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim. Die gastgebende Schule des GGG-Bundeskongresses feiert 2011 in diesem Jahr auch ihr 40-jähriges Bestehen.

Seite 5 ff

Was sagt uns das Scheitern der Schulreform in HH?

Dieter Weiland und Herbert Kastner haben auf Joachim Lohmanns Beitrag im letzten GGG-Journal 01/2011 reagiert und ihre deutlich andere Meinung formuliert, welche anmoderiert und ungekürzt nachzulesen ist auf

Seite 9f

INHALT

Bildungs-Politik

Farbwechsel in drei Bundesländern 3

Serie

Organisationsskizze Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim 5

GGG-Extra zum Bundeskongress I-IV

GGG-intern

Die GGG auf der Didacta in Stuttgart 9

Die Basis jeder Strategie ist eine fundamentale Überzeugung 9

Termine 15

Buchbesprechungen 15

Aus den Ländern 12

Kommentar

Bio-ökologische Glosse zur Gattung Hauptschüler 16

IMPRESSUM

GGG-Journal – Heft 2/2011 vom 01. Juni 2011
ISSN 1868-4963

34. (42.) Jahrgang

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)
Hauptstraße 8, 26427 Stedesdorf

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,
Hauptstr. 8, 26427 Stedesdorf,
Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
WEB: www.ggg-bund.de

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 17,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layoutentwurf: Christa Gramm
Umbruch/Herstellung: Waso Koulis
Korrektorat: Armin Steigenberger
Illustration: Ingrid Freihold

Die nächste Ausgabe erscheint am: 01.09.2011
Redaktionsschluss: 20.07.2011

... vorab bemerkt

Liebe Freundinnen und Freunde der GGG,

alles ist so schön grün hier, könnte man polit-metaphorisch nach dem vielversprechenden Auftakt des Superwahljahrs ausrufen, doch in diesem Turbo-Frühling verblühen die Visionen möglicherweise so schnell wie die Obstbäume, und die Ernte wird mager ausfallen. Im Turbotempo rasen auch die gesamtpolitischen Ereignisse vorbei: war das Plagiat des schönen Herrn Theodor noch ein paar Aufreger wert, geht das der nicht minder schönen Silvana in den Feuertreffen der arabischen Revolutionen unter, die wiederum der Naturkatastrophe in Japan und der Atomkatastrophe in Fukushima eine Brennpunkt-Halbwertszeit von weniger als eine Woche beschert haben. Und nicht zu vergessen die Milliarden von Fernsehzuschauern bei der Hochzeit von William und Kate. Aber wer spricht davon noch angesichts der gezielten Tötung des Topterroristen Osama im Auftrag des Friedensnobelpreisträgers Obama?

Während des Schreibens dieser Vorab-Bemerkungen suggeriert das neue FDP-Röslein Führungskompetenz durch eine sinnfreie Postenrochade, während Schwarz-Gelb einzig in Fußball-Deutschland spitze ist. Was wird der Schlagzeilen-Hype am 1. Juni sein, wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, diese Ausgabe des GGG-Journals in den Händen halten?

Das Wahlergebnis in Bremen, das Wolfgang Vogel nur ahnen konnte, als er seinen Beitrag „Farbwechsel in drei Bundesländern“ verfasste? Oder doch die Vorfreude auf den 32. GGG-Bundeskongress, der unter dem Motto *Inklusion macht Schule* ein hochwertiges Fortbildungs-Programm vorhält? (Das finden Sie samt ausführlicher Informationen zum Ablauf und den Hospitations- und AG-Angeboten auf vier Seiten *GGG Extra* im Inneren dieses Journals – dazu als Einleger das Kongressplakat zum Aufhängen an Ihrer Schule.) Oder Lothar Sacks und Wilfried Kretschmers Beitrag, des zwölften in der Serie über die Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim, der Kongress-Gastgeberin, die in diesem Jahr auch ihr 40-jähriges Jubiläum feiert? Vielleicht interessiert Sie ja auch die Meinung Dieter Weilands oder die Anmerkungen Herbert Kastners zur Schulstrukturdebatte respektive zum Beitrag Joachim Lohmanns in der letzten Ausgabe des GGG-Journals? Oder doch lieber Länderberichte? Oder ein Buchtipps? Termine, Jubiläen? Oder auf der letzten Seite (statt eines Kommentars) eine bio-ökologische Glosse zur Gattung „Hauptschüler“?

Ich weiß es nicht, liebe Leserinnen und Leser, aber diese Journal-Ausgabe hat auch gar nicht den Anspruch, ein spektakuläres Ereignis zu sein. Wenn es uns gelingt, Sie solide zu informieren, dann genügt das unseren Ansprüchen vollkommen. Und eins ist sicher: alle Beiträge dieses GGG-Journals sind nach bestem Wissen und Gewissen von den Autoren selbst verfasst und jedweder Plagiatsvorwurf würde sich als haltlos erweisen. Vorerst.

Bleibt zu hoffen, dass auf diesen echten Turbo-Frühling kein falscher Sommer folgt, und die Tatsache, dass am 10. Juni wieder einmal eine Integrierte Gesamtschule den Deutschen Schulpreis gewinnen wird, in dieser unserer Bildungsrepublik mehr als eine kurzzeitige Randnotiz wert ist.

Ihr



Michael Hüttenberger

BILDUNGS-POLITIK

WOLFGANG VOGEL

Farbwechsel in drei Bundesländern

Variationen in und mit Rot

Der Auftakt im Wahljahr 2011 hat zu leichten, heftigen und gravierenden Veränderungen bei den Mehrheitsverhältnissen in drei Landtagen geführt. Spannend ist und bleibt die Frage, welche Folgen das für die Bildungspolitik hat, ob hier auch leichte, heftige oder gar gravierende Änderungen zu erwarten sind. Manchmal werden sie erhofft und manchmal befürchtet, das ist abhängig von der eigenen Befindlichkeit. Der Traum, den föderalen Bildungswirrwarr zu überwinden, wird ein Traum bleiben, der Erfindungsreichtum von Bildungspolitikern ist schier unerschöpflich – ein Blick in die Länderberichte in diesem Journal und den früheren zeugt davon.

Hamburg

Der schwarz-grüne Senat wurde „abgewählt“, dafür regiert jetzt Olaf Scholz mit der SPD alleine – eigentlich die Gelegenheit, ursprüngliche sozialdemokratische Bildungs- (und andere) Ziele zu realisieren. „Eine Schule für alle“ – „Länger gemeinsam lernen“ – „Inklusion“ fällt einem dabei sofort ein, wenn nicht ...

- die vorhandene Struktur vielschichtig und nach dem Volksentscheid mit bestimmten Auflagen zu korrigieren wäre,
- eine kampfbereite Initiative sicherlich erneut gegen allzu progressive Schulpolitik mobilisieren könnte und
- alle weiteren reformpädagogischen Maßnahmen unter dem Finanzierungsvorbehalt stünden, was bei der Kassenlage, die jetzt schon zu Kürzungen im öffentlichen Dienst führt, kreative Vorstellungen im Keim erstickt.

Ein Stimmungsbild aus der ersten schulpolitischen Debatte am 4. Mai 2011 (zitiert nach dem Hamburger Abendblatt vom 5. Mai):

„Die Achterbahnfahrt in der Schulpolitik während der zurückliegenden zwei Jahre hat bei allen Beteiligten kräftige Spuren hinterlassen. (...) Nach dem Motto ‚Angriff ist die beste Verteidigung‘ attackierte die gerade erst in die Opposition verbannte CDU den neuen Schulsenator Ties Rabe (SPD). ‚Verschlampt der Schulsenator seine Hausaufgaben?‘, fragte CDU-Schulexperte Robert Heinemann in der Aktuellen Stunde mehr rhetorisch. Nach Heinemanns Auffassung hätte Rabe längst einen Schulentwicklungsplan (...) vorlegen müssen. Heinemann: ‚Herr Rabe, Sie wissen genau, dass die Schulen die Planungen für das kommende Schuljahr brauchen, um etwa mit Baumaßnahmen zu beginnen.‘ Die Retourkutsche kam prompt. ‚Der alte schwarz-grüne Senat hatte ein Jahr Zeit, die Konsequenzen aus der gescheiterten Primarschule zu ziehen. Geschehen ist das nicht‘, sagte Rabe. (...) ‚Das waren also nicht meine Hausaufgaben‘, sagte Rabe.“

Dennoch ist zu hoffen und zu erwarten, dass eine Schulpolitik, die das Wohl und die Entwicklung der Schüler/innen als oberstes Ziel definiert, zu einem gerechten und inklusiven System führt, das den gegenwärtigen und künftigen Notwendigkeiten gerecht wird.

Rheinland-Pfalz

Hier wird aus Rot nun Rot-Grün, d. h., die Sozialdemokraten teilen sich nun die Regierungsverantwortung mit den Bünd-

nisgrünen. In der Bildungspolitik, ist kein Erdbeben zu erwarten, bleibt doch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur in den Händen von Doris Ahnen, SPD.



KOALITIONSVERTRAG Den sozial-ökologischen Wandel gestalten



Aus den Grundsätzen im Bildungsteil des Koalitionsvertrags „Den sozial-ökologischen Wandel gestalten“ sei hier zitiert:

„Alle Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz sollen die Chance auf gute Bildung haben – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Wohnort. Wir wollen Bildungschancen und individuelle Förderung für alle Kinder und Jugendlichen, damit sie nach ihren Begabungen bestmöglich gefördert werden und gleiche Chancen erhalten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. (...) Wir wollen Möglichkeiten eines längeren gemeinsamen Lernens stärken (...)“

Weiter heißt es unter „Gute Schulen – gute Chancen“:

„Wir stehen ein für ein qualitativvolles und sozial gerechtes Bildungssystem, das allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht, ihre Talente und Fähigkeiten zu entwickeln und das niemanden zurücklässt. Deshalb ist es

Aufgabe aller Schularten, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern, sie zu einem möglichst guten Abschluss zu führen und so Aufstiegsorientierung und Durchlässigkeit zu leben. Wir wollen die Grundschulen möglichst wohnortnah erhalten. Wir werden Realschulen plus, Integrierte Gesamtschulen (IGS) und Gymnasien in ihrer wichtigen pädagogischen Arbeit fördern.“

Hier ist also Kontinuität angesagt; bemerkenswert sind die Vereinbarungen, die nicht losgelöst von der Haushaltspolitik zu werten sind:

„Wir wollen die demografische Rendite nutzen, um die Qualität in den Schulen zu erhöhen und die pädagogischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir wollen Lehrkräfte entlasten, (...) Wir werden die Klassengrößen schrittweise verkleinern (...) Wir werden auch bei zurückgehenden Schülerzahlen Lehrkräfte einstellen, um so eine gute Unterrichtsversorgung in allen Schularten zu sichern.“

Die Koalitionäre sehen sich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Rheinland-Pfalz verpflichtet:

„Wir wollen, dass Eltern von Kindern mit Behinderungen über die Schulform für ihre Kinder selbst entscheiden können. Dazu werden wir im Schulgesetz als weiteren Schritt auf dem Weg zur Inklusion ein Wahlrecht zwischen Förderschulen und integrativen / inklusiven Angeboten in der Regelschule verankern (...)“

Es bleibt zu erwarten und zu hoffen, dass dieser Schritt bald getan wird und weitere bis zu einem inklusiven System folgen.

Baden-Württemberg

Erdrutschgleich erscheint die Änderung der Mehrheitsverhältnisse im „Musterlände“: von Schwarz-Gelb zu Grün-Rot! Ein bündnisgrüner Ministerpräsident mit einem sozialdemokratischen Juniorpartner! Dass es nicht die Bildungspolitik war, die diesen

Wandel herbeigeführt hat, steht außer Frage, aber es gab und gibt energische Initiativen von Eltern und Lehrern zu längerem gemeinsamen Lernen der Schüler/innen auch in BW. Hierzu und über die Stimmung im Lande sei auf den Länderbericht von Jürgen Leonhardt verwiesen.

Aus den bildungspolitischen Grundsätzen des Koalitionsvertrags **„Der Wechsel beginnt“**:

„Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Sie ist der Schlüssel zu einer freien, selbstverantwortlichen Lebensgestaltung, zur Sicherung der materiellen Existenz aus eigener Kraft und zur gesellschaftlichen Teilhabe. Baden-Württemberg braucht alle Talente und Begabungen. (...)“

Zur Verwirklichung unserer Ziele brauchen wir mehr Investitionen im Bildungsbereich – nicht nach dem Gieskannenprinzip, sondern zielgenau eingesetzt.“

Die Details sind klar definiert:

„Abschaffung der Grundschulempfehlung. Wir ersetzen die verbindliche Grundschulempfehlung durch eine qualifizierte Beratung der Eltern. Die Eltern treffen danach die Entscheidung über die weiterführende Schule für ihr Kind (...) Gemeinschaftsschulen ermöglichen (...) Gute Schule wächst von unten. Viele Kommunen in Baden-Württemberg haben bereits Anträge auf die Genehmigung von neuen Modellschulen, die Kinder länger gemeinsam lernen lassen und besser individuell fördern, gestellt oder beabsichtigen dies zu tun. Wir setzen auf die Innovationskraft der Schulentwicklung von unten. (...) Unsere bildungspolitischen Ziele lassen sich in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder bis Klasse 10 am besten erreichen. Sie erschließt ein großes Potenzial: Sie schafft mehr Chancengleichheit, gewährleistet mit einer guten Ressourcenausstattung die bestmögliche individuelle Förderung und sichert insbesondere in ländlichen Räumen wohnortnahe Schulstandorte mit einem breiten Angebot an Schulabschlüssen. Wir werden die Gemeinschaftsschulen im Schulgesetz verankern ...“



Gemeinschaftsschulen gehen in der Regel aus bestehenden Schulen hervor und schließen an eine oder mehrere vierjährige Grundschulen an. Sie umfassen grundsätzlich alle Bildungsstandards der Sekundarstufe I, also Hauptschul-, Realschul- und gymnasiale Standards. Im Anschluss an die Klasse 10 bestehen Übergangsmöglichkeiten in eine berufliche oder allgemeinbildende gymnasiale Oberstufe ... Es sind echte Ganztagschulen und sie erhalten die dafür notwendigen Rahmenbedingungen ...“

Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass die vorgesehenen Möglichkeiten genutzt werden und die ersten Schritte zur Überwindung der Schule als Sortiermaschine für Zehnjährige gegangen werden.

Bremen

Wenn dieses Journal erscheint, wurde auch in Bremen gewählt, bei Redaktionsschluss steht der Urnengang noch bevor. Alle Prognosen stellen eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition in Aussicht, eine Chance also, dass es kein neues Schulgesetz geben wird, zumal auch die größte Oppositionspartei dem Schulkonsens (10 Jahre keine Änderung) zugestimmt hat. ♦

SERIE

WILFRIED KRETSCHMER UND LOTHAR SACK

Organisationskizze Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim

Beschreibung der Schule

Adresse: Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim, Richthofenstr. 37, 31137 Hildesheim, Telefon: 05121/746-0, WEB: www.robert-bosch-gesamtschule.de, E-Mail: rbg@schulen-hildesheim.de

Schulleiter: Wilfried Kretschmer

Ansprechpartner: Wilfried Kretschmer

Art: Staatliche Schule, Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe (Jahrgänge 5 bis 13)

Lage, Gelände, Gebäude: Die Schule liegt im Norden Hildesheims. Auf dem knapp 5,5 ha großen Schulgelände befinden sich sämtliche Einrichtungen der Schule (einschl. Fachräume, Sportanlagen, Aula, Mensa, UNESCO-Café, Keramikwerkstatt, Freigelände für jede Schulstufe, Schulgarten und -teich). Der Schule steht ein zusammenhängender Gebäudekomplex mit mehreren Etagen zur Verfügung, der ab 1971 in Betrieb ging.

Größe, Aufbau: Schüler/innen ca. 1500, Mittelstufe (Jg. 5–10, 6-zügig) ca. 1080, Oberstufe (Jg. 11–13) ca. 400, Lehrer/innen ca. 110, Mitarbeiter ca. 30 (einschl. Honorarkräfte, Praktikanten, ...)

Geschichte: Die Schule wurde 1971 gegründet. Anfänglich war die Schule stark nachgefragt (ca. 400 Anmeldungen auf 240 Plätze). In den 80er Jahren stand die Schule dann kurz vor ihrer Schließung (1989 nur noch ca. 90 Anmeldungen); dafür gab es externe und interne Gründe. Es gelang, diesen Prozess umzukehren: Intensivierung der pädagogischen Arbeit, neue Schulleitung. Einen Meilenstein in der Konsolidierung erlebte die Schule, als sie 2000

Modellschule für die EXPO in Hannover wurde. Nach einem weiteren Wechsel in der Schulleitung erarbeitete und beschloss das Kollegium 2003 den „Masterplan“, der Grundlage der weiteren Schulentwicklung wurde (und ist). In den letzten Jahren lagen die Anmeldezahlen bei 300 bis 400 (bei 180 Aufnahmen). Seit 1979 ist die Schule UNESCO-Schule. 2007 erhielt die Robert-Bosch-Gesamtschule den Deutschen Schulpreis.

Schülerschaft: Die Schülerzusammensetzung folgt den Anteilen der Empfehlungen der umliegenden Grundschulen und ist damit bevölkerungsrepräsentativ. Aufgenommen werden Kinder aus der Stadt und dem Landkreis.

Leitideen

„SELBSTSTÄNDIGKEIT: Selbstbewusste Schüler/innen, kompetent mit eigenen Wünschen und Vorstellungen und mit Rücksicht auf andere

LEISTUNG UND LEISTUNGSBEREITSCHAFT: Leistungsvermögen aller Schüler/innen fördern. Anregende Lernumgebung. Leistungsbereitschaft durch Selbstständigkeit. Chancengleichheit.

SELBSTSTÄNDIGER WISSENSERWERB: Arbeitstechniken, Lehrkräfte als Moderatoren, Bereitschaft der Schüler/innen Lernprozesse mitzugestalten

LERNEN MIT ALLEN SINNEN: Lernen mit ‚Kopf, Herz und Hand‘. Handlungsorientierter Unterricht. Freude am Lernen fördern. Lernen in realen Bezügen.

SOZIALE KOMPETENZ: Toleranz, Respekt, Hilfsbereitschaft. Schutz des Schwächeren. Konfliktlösungsstrategien. Teamfähigkeit durch Arbeit in Gruppen.

SCHULE ALS LEBENSRAUM: Ganztageschule als Lebensraum. Verantwortung von Schülern in Handlungsfeldern. Freizeitgestaltung. Interesse für Gebäude- und Geländegestaltung.

KOOPERATIVE ÖFFNUNG: Eine offene Schule für Eltern und Partner aus Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft

DIE SCHULE IN STADT UND REGION: ‚Kritische Freunde‘ im Entwicklungsprozess der Schule. Kulturelle Bereicherung für Stadt und Region.

LERNENDE ORGANISATION: Schule als ‚lernende Organisation‘, ständiger Prozess der Reflexion, des Feedback. Methoden und Lehrerrolle prüfen. Schüler-Lehrerbeziehung als ‚aufgeschlossene Arbeitsbeziehung‘.

(Kurzfassung des Leitbildes der Robert-Bosch-Gesamtschule)

Bausteine

Alle Abschlüsse: Alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur können erworben werden

Kleinere, möglichst selbstständige Einheiten; Team-Struktur: Die Schule ist gegliedert in 3 Schulstufen: Eingangsstufe (Jg. 5–7), Mittelstufe (Jg. 8–10) und Oberstufe (Jg. 11–13). Jeder Jahrgang der Sek. I ist organisiert in 6 Klassen. Jedem Jahrgang ist ein Lehrerteam zugeordnet.

Zusammenhängende Teamräume: Jedem Jahrgang der Sek. I stehen räumlich zusammenhängend mindestens 8 Räume zur Verfügung: 6 Klassenräume, eine Lernwerkstatt und ein Lehrerzimmer.

Lehrerteam: Zum Lehrerteam eines Jahrgangs gehören alle Klassenlehrer/innen der 6 Jahrgangsklassen, pro Klasse 2 (wenn möglich, eine Frau, ein Mann). Die Klassenlehrer/innen haben Arbeitsplätze im Teamraum, es gibt kein zentrales Lehrerzimmer). Das Lehrerteam berät regelmäßig. Neben der Gestaltung der Räume, der Vertretungsregelung und der Schüleraktenverwaltung gehört zu den Hauptaufgaben des Lehrerteams die Erstellung und Revision des jeweiligen Jahresarbeitsplans. Jedes Jahrgangsteam hat eine/n Jahrgangsteiler/in.

Tischgruppen: Jede Klasse (ca. 30 Schüler/innen) ist in heterogenen Tischgruppen (Schülerteams) mit 4 bis 6 Schüler/innen organisiert. Sie werden nach jeweils 1/4 Jahr in ihrer Zusammensetzung verändert.

Integration: Mit dem Schuljahr 2010/11 beginnend, wird in Jahrgang 5 zunächst je eine Integrationsklasse eingerichtet

Pädagogischer Konsens: Der Pädagogische Konsens ist eine Konkretisierung der Ideen des Leitbildes und wird regelmäßig überprüft und fortgeschrieben. Alle an der Schule Beteiligten verpflichten sich durch ihre Unterschrift auf ihn und treffen entsprechend schriftlich festgehaltene Vereinbarungen.

Lernen in Zusammenhängen: Die drei Naturwissenschaften werden bis einschl. Jahrgang 7 fächerübergreifend gestaltet. Ab Jahrgang 8 werden Chemie und Biologie gemeinsam unterrichtet; Physik und Technik (aus AWT ausgegliedert) bilden ein neues integriertes Fach. Im Lernfeld Gesellschaft werden Geschichte, Politik und Erdkunde gemeinsam unterrichtet. Religionsunterricht findet konfessionsübergreifend statt. Das Seminarfach (Jg. 9 und 11) bietet Gelegenheit für fächerübergreifendes projektartiges Arbeiten.

Jahresarbeitsplan: Für alle Jahrgänge 5 bis 11 werden von den Jahrgangs-Lehrerteams jeweils die Jahresarbeitspläne erstellt bzw. überarbeitet. Dies geschieht auf einer 1½-tägigen Klausur gegen Ende des vorangehenden Schuljahres. (Mit Zustimmung der Eltern bleiben die Schüler/innen am Klausurtag zu Hause.) Die Fachunterrichtseinheiten, die von den Fachbereichen zur Verfügung gestellt werden, werden in ein Zeitraster so eingefügt, dass fachübergreifende Themenschwerpunkte und Projektmöglichkeiten deutlich werden. Dabei werden u. a. die Vorgaben des sozialen Lehrplans, des Methodencurriculums, der UNESCO-Themen und des Seminarfaches eingearbeitet und ausgewiesen. Das Lehrer-Team evaluiert den Jahresarbeitsplan und übergibt ihn zusammen mit dem Evaluationsergebnis dem nachfolgenden Lehrerteam als Grundlage für die nächste Klausur.

Sozialer Lehrplan: Im Sozialen Lehrplan stehen die Themenschwerpunkte Verantwortung, Kommunikations-/Konfliktfähigkeit und Teamfähigkeit im Vordergrund. Der Lehrplan benennt in jedem Jahrgang geeignete Unterrichtseinheiten und Lernthemen.

Methodencurriculum: Ausgehend von Erfahrungen mit dem Konzept der Realschule Enger hat die Schule ein Methodencurriculum erstellt. Die Einführung in bestimmte Arbeits- und Lernmethoden erfolgt nun in Anbindung an den Fachunterricht. Die einzelnen Bausteine werden von „Paten“ betreut und weiterentwickelt; die Jahrgangsteams laden die Paten als Experten in den Unterricht ein.

UNESCO-Themen: Alle UNESCO-Projektschulen erhalten regelmäßig Themen, deren Bearbeitung verpflichtend ist. Die Themen werden in die Jahresarbeitspläne eingearbeitet. Auch die Arbeitsgemeinschaften greifen die UNESCO-Themen regelmäßig auf.

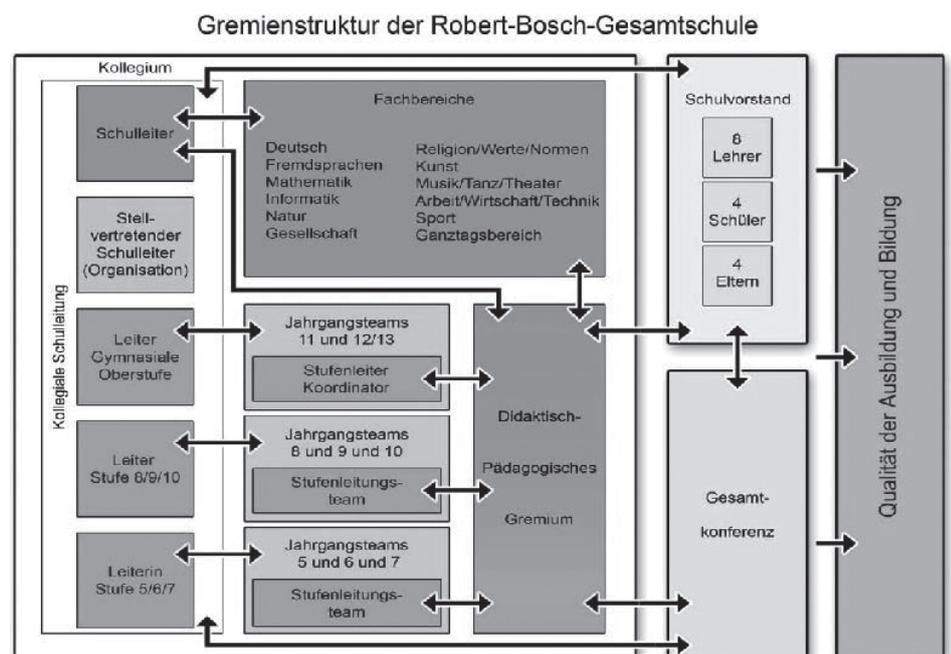
Seminarfach: In Jg. 9 arbeiten 2 Klassen mit 3 Lehrer/innen zusammen. Die fachlichen Schwerpunkte der beteiligten Lehrer/innen

bestimmen die Themen (meist dem Bereich AWT zuzuordnen). In Jg. 11 bereitet das Seminarfach wissenschaftspropädeutisch vor auf den für die Qualifikationsphase (Jg. 12/13) zu wählenden inhaltlichen Schwerpunkt (Sprache, Naturwissenschaften, Kunst, Gesellschaft). Mit dem Seminarfach verbunden sind die Seminarfahrten.

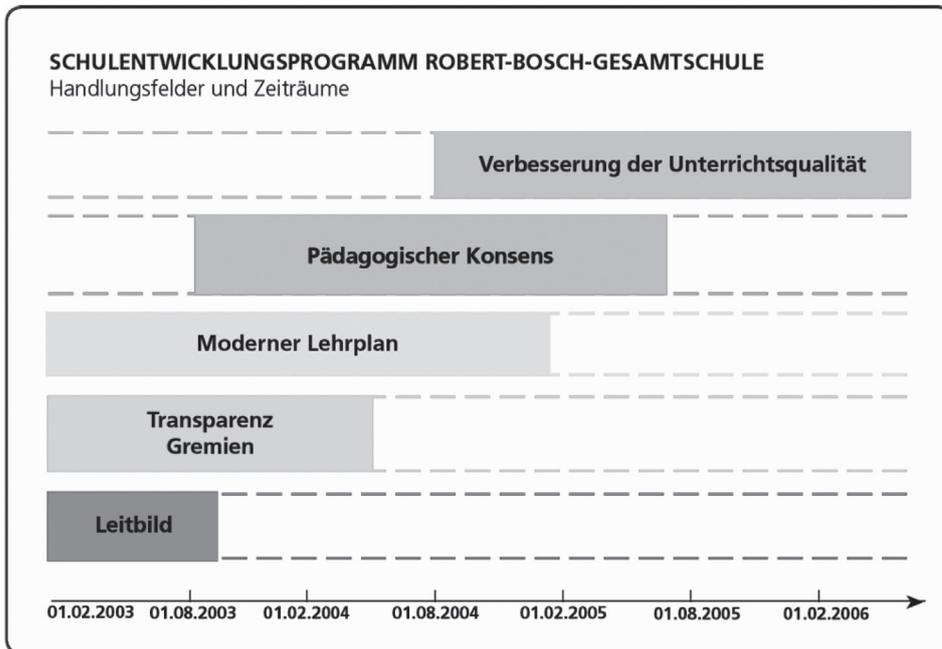
Lerndiagnose, Differenzierung: Insbesondere in den jüngeren Jahrgängen werden diagnostische Tests eingesetzt und darauf abgestimmte individuelle Lernvereinbarungen getroffen. Hierbei werden Langzeit-Arbeitsplan, Wochenpläne und Lerntagebücher eingesetzt.

(Leistungs-) Differenzierung: Bis einschl. Jg. 6 findet Unterricht grundsätzlich in heterogenen Gruppen statt. Ab Jg. 7 setzt eine äußere Leistungsdifferenzierung in Englisch ein, ab Jg. 8 in Deutsch und Mathematik, ab Jg. 9 in Naturwissenschaften.

Keine Noten bis Jahrgang 8; kein Sitzbleiben: Bis einschließlich Jg. 8. erhält jede/r Schüler/in an Stelle von Zeugnissen Lernentwicklungsberichte (LEB), die auch Grundlage der Schüler-Eltern-Sprechtage sind. Ab Klasse 9 gibt es Ziffernzeugnisse. Nach den



Gremienstruktur Robert-Bosch-Gesamtschule



Schulentwicklungsprogramm Robert-Bosch-Gesamtschule

rechtlichen Regelungen für Gesamtschulen in Niedersachsen gibt es kein Sitzenbleiben.

Tages-, Wochenstruktur, Ganztags: Die Schule ist eine gebundene Ganztagschule. Sie beginnt um 7.55 Uhr und endet 15.20 Uhr bei einer 45-minütigen Mittagspause. Mittwochs endet die Schule um 13.05 Uhr, am Nachmittag finden Konferenzen und Arbeitsgemeinschaften statt, am Donnerstagnachmittag nur Arbeitsgemeinschaften. In jeder Woche sind eine Verfügungsstunde, drei Arbeits- und Übungsstunden (AuÜ) sowie zwei Gruppenstunden vorgesehen. Ein Pausensignal gibt es nicht.

Frühstück, Mittagessen: Das UNESCO-Café bietet u. a. Müsli an. In der Mittagspause haben die Schüler/innen Gelegenheit zum Mittagessen, es stehen immer mehrere Essen zur Auswahl. Für den Jg. 5 ist die Essensteilnahme verpflichtend.

Gruppenstunden: Die Gruppenstunden, die im Rahmen der Tischgruppen organisiert sind, bieten vielfältige Möglichkeiten für selbst gewählte Aktivitäten (Bastelarbeiten, Exkursionen, Projekte). Neben den Klassenlehrer/innen und den Sozialpädagogen/innen beteiligen sich ca. 150 Eltern an diesen Aktivitäten. Mit zunehmendem Alter tritt die Tischgruppe als Organisationsein-

heit stärker in den Hintergrund zugunsten der Wahl nach inhaltlichen Interessen.

Arbeits- und Übungsstunden: Die Arbeits- und Übungsstunden (3 pro Woche von Jg. 5 bis 10) bieten Gelegenheit zum Erledigen von Aufträgen und selbstständigen Arbeiten. Den jüngeren Jahrgängen stehen Oberstufenschüler als Unterstützung zur Verfügung.

Wahlpflichtbereich: Im Rahmen der „qualifizierten Differenzierung“ gibt es im Jg. 6 alternativ zur angebotenen 2. Fremdsprache (Französisch, Spanisch, Latein) ein „Forscher-Team“ (naturwissenschaftliches Arbeiten) oder bei Bedarf Förderstunden. Der Wahlpflichtbereich in Jg. 7/8 umfasst 4 Stunden und ermöglicht die Wahl zwischen 2. Fremdsprache und zwei 2-stündigen Angeboten (Hauswirtschaft, Kunst, Sport, Musik, Technik, Natur, Informatik). In den Jg. 9/10 ist der Wahlpflichtbereich 4-stündig.

Wahlbereich (Arbeitsgemeinschaften): Es werden über 50 Arbeitsgemeinschaften angeboten. Von Jg. 5 bis 8 ist ab Schuljahr 2010/11 die Teilnahme an insgesamt mindestens 4 halbjährigen AGen verpflichtend. In den Arbeitsgemeinschaften haben viele schulinterne Aktivitäten Platz (u. a. Schulzoo, UNESCO-Café als Schülerfirma, Streitschlichter, UNESCO-Gruppe) und werden

Kontakte der Schule zu Stadt und Region gestaltet (u. a. Beth-Shalom-AG: Pflege des jüdischen Friedhofs verbunden mit zahlreichen internationalen Kontakten).

Projekte: Eine Schulprojektwoche wurde abgeschafft. Projektartiges Arbeiten ist im Klassen- oder Jahrgangsrahmen auf der Grundlage der Jahresarbeitspläne ein Teil des normalen Lernens. Darüber hinaus bieten speziell die Gruppenstunden, die Sommerschule und das Seminarfach besondere Gelegenheiten hierfür.

Bibliothek: 1998 übernahm die Robert-Bosch-Schule die von der Stadt im Hause betriebene Stadtteil-Bibliothek mit dem gesamten Medienbestand (heute mehr als 20.000 Medien). Die Bibliothek steht den Schüler/innen für den Unterricht, zu Recherchezwecken (6 PCs) und für die Ausleihe zur Verfügung.

Schülerfahrten/-austausch: Neben Klassenfahrten nehmen nahezu alle Schüler/innen an folgenden inhaltlich festgelegten Fahrten teil: Jg. 8 Sommerschule in Aarö, Jg. 9. Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen, Jg. 11 Seminarfahrt, Jg. 13 Studienfahrt. Regelmäßige Schüleraustausche finden statt mit Partnern in Frankreich, Spanien, England und Russland.

Sommerschule: Die 8. Klassen fahren jedes Jahr für eine Woche auf die Insel Aarö und leben dort zusammen mit den begleitenden Lehrer/innen und Eltern in einem Zeltlager. Neben Freizeitaktivitäten finden Erkundungen und Untersuchungen zu Fragestellungen aus Biologie, Ökologie und Insektwirtschaft statt.

Beratung: Es gibt ein umfangreiches Beratungssystem für alle Mitglieder der Schule. Es sind beteiligt u. a. 2 Beratungslehrer/innen, die Sozialpädagogen/innen, Klassenlehrer/innen, Funktionsträger der Schule und außerschulische Kooperationspartner. Das Beratungsspektrum umfasst persönliche Hilfe bei Problemen, Streitschlichtung, Schullaufbahnberatung, Berufsberatung.

(Betriebs-)Praktika: In Jahrgang 9 nimmt jede/r Schüler/in am Betriebspraktikum teil.

In Jahrgang 12 findet ein (zweites) Fach-Praktikum im April statt; es wird oft mit der Anfertigung von Facharbeiten verbunden.

Öffnung der Schule: Die Schule holt zahlreiche Menschen in die Schule: Praktikant/innen, Student/innen, Eltern, Expert/innen. Sie werden zu einem normalen Bestandteil der schulischen Arbeit. Ebenso werden viele außerschulische Lernorte routinemäßig (Sommerschule, Fahrten, Exkursionen, Praktika, Projekte) aufgesucht. Der regionale Bezug spielt eine besondere Rolle (Jüdischer Friedhof; jährlicher Schweigemarsch am 9. November; Renaturierung, Pflege und Kartierung eines Naturschutzgebietes (Mastberg); Besuche in Altersheimen). Darüber hinaus besteht eine enge Zusammenarbeit mit Institutionen und Firmen (Theaterpädagogisches Zentrum, Musikschule, Niedersächsisches Schullabor, Universität, Robert-Bosch-GmbH, Bildungswerk der Wirtschaft, Stiftung NiedersachsenMetall).

Schulpartnerschaften: Engere Schulpartnerschaften bestehen zu Schulen in den USA, in Russland (Nowosibirsk) und Tansania (Ihanja). Dort wird mit Unterstützung der Robert-Bosch-Schule derzeit eine Krankenstation errichtet.

Masterplan: Im 2003 beschlossenen Masterplan der Schulentwicklung wurden 5 Arbeitsfelder definiert: Leitbild der Schule, Transparenz von Strukturen und Entscheidungen, moderner Lehrplan, pädagogischer Konsens, Verbesserung der Unterrichtsqualität. Diese Arbeitsfelder wurden in einen 3-jährigen Zeitplan teils überlappend, teils aufeinander aufbauend eingefügt. Auf der Grundlage des Masterplans sind u. a. mittlerweile entstanden Leitbild, Gremienstruktur, Pädagogischer Konsens, Schulprogramm, Jahresarbeitspläne, Methoden-curriculum, sozialer Lehrplan, Medienplan, Hospitationsringe, Schülerfeedback.

Gremien: Als Teilschritt des Masterplans ist die Gremienstruktur der Schule entwickelt worden: Kollegiale Schulleitung

(Schulleiter, stellv. Schulleiter, Stufenleitungen der Eingangs-, Mittel und Oberstufe), didaktisch-pädagogisches Gremium (Schulleitung, alle Jahrgangsleitungen, alle Fachbereichsleitungen; eine spezifische Steuergruppe gibt es nicht), Gesamtkonferenz (alle Pädagog/innen), Schulvorstand (8 Vertreter der Lehrerschaft, 4 Schüler/innen, 4 Eltern). Die Fachbereiche sind für die Qualität(sentwicklung) des Unterrichts zuständig. Zu aktuellen Fragen werden Arbeitsgruppen eingesetzt. Die Beteiligung sowie die Reihenfolge und Termingestaltung der Beteiligung der verschiedenen Gremien an Entscheidungen ist festgelegt.

Hospitationsringe: Hospitationsringe sind eine Organisationsform zur Durchführung und Auswertung gegenseitiger Lehrerhospitationen. Die Arbeitsschritte: 1. Vorstellung der Jahresthematik auf einer Fachkonferenz und 2. Bildung der Hospitationsgruppen (jeweils drei Lehrer/innen) (Aug./Sept), 3. Vorträge oder Workshops zur Jahresthematik (Okt. bis Dez.), 4. Durchführung der Hospitationen (Jan. bis März), 5. Auswertung und Vorplanung des nächsten Projektes (Apr. bis Jun.). Bisherige Hospitationsthemen: Selbstständigkeit der Schüler/innen, Methodenvielfalt, Üben, Kooperatives Lernen. Die Hospitationen sind ein in der Regel einmaliger Besuch im Unterricht der Hospitationspartner. Sonst evtl. ausfallender Unterricht wird vertreten. Die Hospitationsgruppen melden ihre Ergebnisse an die Fachbereichsleitungen. Hierfür gibt es einen (einfachen) Fragebogen. Die Ergebnisse geben Hinweise auf künftige Schulentwicklungsvorhaben, u. a. auf die Thematik des nächsten Hospitationszyklus. Ca. 85 % der Lehrer/innen nehmen an den (freiwilligen) Hospitationen teil.

Schüler-Feedback: Ausgehend von einem Versuch in Jg. 11 nehmen mittlerweile mehr als 70 % der Lehrer/innen am Schülerfeedback in allen Jahrgängen teil. Die Lehrpersonen teilen (je nach Alter der Schüler/innen unterschiedliche) Fragebogen zu ihrem Unterricht aus. Die Auswertung der Antworten erfolgt durch

die Schüler/innen. Das Ergebnis wird mit der betroffenen Lehrkraft besprochen. Die Gespräche sind vertraulich. Eine Auswertung erfolgt, indem auf einer Lehrerkonferenz unter Wahrung der Anonymität eine Stärken-/Schwächenanalyse durchgeführt wird. Dies gibt Hinweise auf künftige Schulentwicklungsthemen.

Kommentar

Die Darstellung der Bausteine widmet sich schwerpunktmäßig der Sek. I (Jahrgänge 5 bis 10). Der Schule ist es gelungen, mit dem verabredeten Masterplan eine wirksame Grundlage für die Schulentwicklung zu legen. Die Entwicklungsschritte wurden im Wesentlichen entsprechend der Planung bearbeitet. Es ist ein System von Elementen und Maßnahmen entstanden, durch das alle an der Schule Beteiligte, insbesondere das gesamte Kollegium, an der Schulentwicklung einschl. der Evaluation beteiligt ist. Die Prozesse bleiben transparent und entwickeln eine hohe Verbindlichkeit sowohl in Bezug auf das Vorgehen als auch die Ergebnisse. Es ist der Schule gelungen, gewissermaßen einen „Dienstweg für Innovationen“ zu etablieren.

Die Schule arbeitet erfolgreich, was sich u. a. an den erreichten Abschlüssen ablesen lässt: ca. 60 % erreichen die gymnasiale Oberstufe, ca. 30 % Realschulabschluss, ca. 10 % Hauptschulabschluss, nur ca. 2 % der Schüler bleiben ohne Abschluss. Von den ca. 120 Abiturienten erreichen etwa 10 % einen Notenschnitt von besser als 2.

Quellen

Wilfried Kretschmer ist Schulleiter der Robert-Bosch-Gesamtschule. Ausführlicher informiert die Website www.robert-bosch-gesamtschule.de

Binsteiner, G., Braun, J., Henkel, H.-G. u. a., Teamarbeit macht Schule – Bausteine der Entwicklung. – Die Robert-Bosch-Gesamtschule, Seelze-Velber (Erhard Friedrich Verlag), Hildesheim, 2009

Stand: April 2011 ♦



Die GGG auf der didacta in Stuttgart

Auch in diesem Jahr war die GGG wieder auf der didacta präsent. Traditionell angedockt am Stand der GEW und erneut profitierend von der großzügigen Gastfreundschaft unseres Bündnispartners erwies sich Standort in Halle 3 mit überwiegend Angeboten für Erzieher/innen im Elementarbereich als suboptimal. Dennoch: viele junge und langjährige Mitglieder, Freunde und Prominente fanden sich im Laufe der Messetage ein. Gegenüber den letzten Jahren war die Zahl der Gespräche deutlich geringer, die Intensität dafür umso höher, wie unser Foto belegt: Werner Kerski (GGG) im Gespräch mit Martina Schmerr (GEW).

Die Basis jeder Strategie ist eine fundamentale Überzeugung

(elh) Vielleicht ließe sich mit dieser Überschrift und nachsichtiger Ironie die Debatte in Teilen unseres Verbandes um die bildungspolitische Strategie der GGG beschreiben. Wir mussten als Redaktion damit rechnen, dass Joachim Lohmanns Beitrag im GGG-Journal 1/2011 nicht ohne Reaktion bleibt. Wir sind weder darüber überrascht, wer reagiert hat, noch welcher Stil dabei jeweils gepflegt wurde. Man kennt sich eben in der GGG-Familie. Und in einer guten Familie darf jeder zu Wort kommen, selbst wenn seine inhaltlichen Positionen nicht (mehr) mehrheitsfähig sind. Wie die Gesamtheit der Familie denkt, belegt der in der gleichen Journal-Ausgabe abgedruckte einstimmige Beschluss der Mitgliederversammlung zur „Einschätzung bildungspolitischer Entwicklungen“. Dazu hat es übrigens keine schriftlichen Reaktionen gegeben.

Offenbar sind Positionen, wenn sie an einzelnen Personen festzumachen sind, aufregender als Gremienbeschlüsse. Wir drucken deshalb im Folgenden ungekürzt die Reaktionen von Dieter Weiland und Herbert Kastner ab.

DIETER WEILAND

Was sagt uns das Scheitern der Schulreform in Hamburg?

Eine Antwort auf Joachim Lohmanns Beitrag im GGG-Journal 1/2011

Wer hätte das gedacht: Unsere guten alten GGG-Kontakte zeigen feine Ironie. Über sechs Seiten darf der gewiefte Polit-Taktiker Joachim Lohmann uns wieder mal das Zwei-Säulen-Modell – diesmal zweigliedrige Oberschul-Lösung genannt – als den Königsweg zur einen Schule für alle anpreisen.

„Guckt mal, was ich euch mitgebracht habe!“, kommentiert dies die Titelkarikatur, auf der ein Mensch die Bürger mit einem Hunderttausend-Teile-Puzzle beglückt; Titel: „Eine Schule für alle“ – Schulreform-puzzle made in Germany.

Ich befürchte, leider war ein solch kommentierender Zusammenhang zwischen Hauptartikel und Titelkarikatur nicht beabsichtigt; eher handelt es sich wohl um eine Freudsche Fehlleistung der Redaktion. Zum wiederholten Male macht sich unsere Verbandszeitschrift zum Propaganda-Organ

für einen veritablen Holzweg in der Schulstrukturdebatte. Deshalb hier noch einmal in aller Kürze eine Gegenposition:

Lohmann und Mitstreiter halten sich offenbar in der Debatte um eine Veränderung der Schulstruktur für die schlaun Pragmatiker mit der einzig realistischen Reformperspektive. Die Voraussetzung ihrer Argumentation erscheint jedoch alles andere als realistisch. Sie glauben nämlich, den Widerstand des Bürgertums gegen die Einbeziehung des Gymnasiums in den Reformprozess durch eine geschickte bildungspolitische Taktik überwinden zu können. Man könne der Gymnasial-Lobby den Reformprozess sozusagen unterjubeln, indem man dem Gymnasium Stück für Stück seine Alleinstellungsmerkmale nehme. Das ist aber eine illusionäre Unterschätzung der Interessen und Fähigkeiten der Kerntuppen des Bildungsbürgertums. Es gebe (nach Hamburg) keinen Grund, die

Gegner zu diffamieren, schreibt Lohmann. Wenn das bedeuten soll, die knallharte Interessenvertretung der Gymnasial-Lobby nicht mehr als solche benennen zu dürfen, ihre unverschämte Verweigerung von Bildungsgerechtigkeit, sozialer Integration und solidarischem Zusammenhalt, dann schließe ich mich dieser Aufforderung nicht an. Eine grundsätzliche Reform der deutschen Schulstruktur unter konsequentem Einfluss des Gymnasiums gehört – wie andere zentrale gesellschaftspolitische Fragen – ins Zentrum demokratischer Auseinandersetzungen und damit des Kampfes um Mehrheit.

Nach dem Hamburger Desaster gebe es für die Reformer keinen Grund zu resignieren, so Lohmann. Dem stimme ich uneingeschränkt zu, allerdings aufgrund einer anderen Analyse und aus anderen Gründen. Die in Hamburg geplante und gescheiterte Schulreform war alles andere als der Weg zum konsequenten Umbau des Schulsystems im Hinblick auf die Überwindung sozialer Bildungsbarrieren; denn sie sollte ja Selektion und Auslese nur um zwei Jahre hinausschieben und Privilegien des Gymnasiums keineswegs entscheidend schwächen. Das Konzept bedeutet bei Licht besehen – ebenso wie alle anderen Versionen des Zwei-Säulen-Modells – die Beibehaltung und Zementierung (Schulfrieden!) der Drei-Klassen-Schule: Für die Dünkelbürger das Gymnasium, für den Rest eine irgendwie benannte „Oberschule“ und für den Rest des Restes weiterhin die Sonderschule. Dieses „Kompromiss“-Konzept (in Wahrheit eine Kapitulation im Kampf um die gemeinsame Schule) war einerseits kaum geeignet, Anhänger einer konsequenten Schulreform zu aktivieren, andererseits genügte ein Aspekt (zwei Jahre länger mit den Schmuttelkindern) durchaus, die Gegner auf die Barrikaden zu bringen. Es wurde also der entschiedene Widerstand der interessierten Bildungsbürger provoziert, ohne eine überzeugte Unterstützung der Anhänger zu gewinnen. Das nenne ich eine Verschwendung von Ressourcen und Engagement für ein fragwürdiges Ziel. Man hat die Heftigkeit der Auseinandersetzung durch

ein „Kompromiss“-Konzept nicht mildern können. Warum dann nicht gleich eine klare Auseinandersetzung um ein wirklich überzeugendes Konzept?

„Politisch nicht durchsetzbar“, das beweise ja gerade das Hamburger Desaster. Das hören die Gegner einer konsequenten Strukturreform gern, besonders wenn es von Anhängern dieser Reform in vorauseilendem Gehorsam selbst vorgebracht wird. Das Hamburger Plebiszit ist aber für die angebliche politische Undurchsetzbarkeit ein schlechter Beleg: Wer hat abgestimmt? Lediglich 39% der Hamburger Wahlbürger haben überhaupt ihre Stimme abgegeben. Davon hat etwas mehr als die Hälfte – also nur gut ein Fünftel der Hamburger – gegen die Reform gestimmt. Dabei darf man davon ausgehen, dass die Bildungsbürger mit einem hohen personellen und finanziellen Aufwand ihr Potenzial weitgehend ausgeschöpft haben, die eigentlichen Gewinner einer Strukturreform dagegen nicht einmal im Ansatz. Es ist keineswegs undenkbar, für ein schlüssiges Konzept einer gemeinsamen Schule für alle Mehrheiten zu gewinnen. Das zeigt sich auf einem anderen Feld, nämlich überall dort, wo Integrierte Gesamtschulen überzeugend die Theorie und Praxis einer Pädagogik der Heterogenität entwickeln und realisieren. Vielleicht hat es mancher überlesen: In der Organisationsskizze der Göttinger IGS (auch in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift) findet sich folgende Information:

„An der Georg-Christoph-Lichtenberg Gesamtschule melden sich jedes Jahr etwa doppelt so viele Schüler/innen an, wie Plätze vorhanden sind. Unter diesen Schüler/innen sind mehr für das Gymnasium Empfohlene als sich bei jedem Göttinger Gymnasium anmelden (25% können nicht aufgenommen werden), außerdem befinden sich fast alle Schüler/innen mit einer Hauptschulempfehlung darunter (d.h. die Göttinger Hauptschulen erhalten ihre Schüler/innen fast ausschließlich durch nicht an der Lichtenberg-Schule aufgenommene).“

Politisch nicht durchsetzbar? Faule Kompromisse vielleicht nicht. Klare Alternativen



Dieter Weiland als Bundesvorsitzender 1995

hingegen lohnen die Auseinandersetzung, und sie haben eine realistische Mehrheitsperspektive. Man darf gespannt sein, wann endlich eine politische Partei auf diesen Trichter kommt.

P. S.

Heute erhielt ich den Brief einer meiner ehemaligen Referendare, jetzt Gymnasiallehrer in Frankfurt und junger Familienvater. Hier lese ich folgendes: „... Malte ist nun fast 10 und wir sind in der 4. Klasse und haben den ganzen Mist mit dem Schulwechsel in einem dreigliedrigen Schulsystem am Bein und im Kopf und in unseren Träumen. Und sag, warum ist das Niveau in den städtischen IGSen so niedrig (Göttingen ist keine Stadt!)? Weil die verdammten Bildungsbürger, die die GRÜNEN wählen, am Ende doch das Gymnasium vorziehen und so wächst nichts, wo nichts gepflanzt wird. Überhaupt ist das Bildungssystem im furzfüderalen Deutschland eine stinkende Jauchegrube, ein heuchlerischer Mist aus faulenden Kompromissen, Mutlosigkeit und Terroranschlägen der Schuladministration. Ich bin gern Lehrer, ich liebe es, das ist ein ganz anderes Thema! (...“

HERBERT KASTNER

Es bleibt ein Fehler, das Falsche zu tun, nur weil das Richtige nicht möglich erscheint

Weitere Antwort auf Joachim Lohmanns Beitrag im GGG-Journal 1/2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Joachim Lohmann, einer unserer früheren Vorsitzenden, propagiert in seinem jüngsten Artikel zur Bildungspolitik wieder einmal das „Zwei-Säulen-Modell“ mit einer so genannten „Oberschule“ und dem denkmalgeschützten Gymnasium und glaubt nach wie vor, das sei nur (?) eine Übergangslösung. Er entwickelt eine „Strategie des Übergangs“ in der Hoffnung auf eine „innerschulische Auslese des Gymnasiums“. Dabei scheint er eine der entscheidenden Begründungen für die einst auch von ihm vertretene Gesamtschule als „Schule für alle“ übersehen oder vergessen zu haben: die vielfach beklagte und von zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen festgestellte Auslese und Vorsortierung von Schüler/innen nach dem vierten Grundschuljahr. Eine solche auch sozial bedingte Auslese wird beim Zwei-Säulen-Modell weiterhin stattfinden mit der Tendenz einer noch stärkeren Wahl des Gymnasiums als „Königsweg“ zum Abitur. Die sogenannte „Oberschule“ wird dann im hierarchischen Schulsystem zur „Unterschule“, der Schule des Volks wie früher.

Es war und bleibt ein Fehler, das Falsche zu tun, nur weil das Richtige zurzeit nicht

möglich erscheint oder nicht opportun ist. Das ständige Schielen auf die CDU und FDP, das Buhlen um deren Zustimmung und die Preisgabe von grundsätzlichen bildungspolitischen und pädagogischen Zielen werden nicht weiterführen, sondern die Position der ideologisch erstarrten Gegner der Gesamtschule stärken, wofür die Entwicklung in Niedersachsen ein Beispiel ist. Die Forderungen aus Kreisen der CDU und FDP sowie des Philologenverbandes stiegen, je mehr der Kultusminister um einen „Schulfrieden“ rang, bis er auf diesen Druck hin kapitulierte, falls es nicht von Beginn an ein taktisches Spielchen war.

Wenn Lohmann wünscht, kein Feindbild zu schaffen, spricht er nur aus, was die „Reformer“ sich seit den 70er Jahren wünschen. Diesen Wunsch sollte er aber an die richtige Adresse richten. Nicht die „Reformer“ entwickeln ein solches Bild, sie wehren sich aber mit Recht gegen Schmähungen und Verunglimpfungen ihrer Arbeit und der Gesamtschule allgemein. Mit Worten sind die „Gegner“ sicherlich nicht zu überzeugen. Auch die Erkenntnisse wissenschaftlicher Untersuchungen halfen nicht weiter. Nicht einmal Auszeichnungen von Gesamtschulen wie mit dem *Deutschen Schulpreis* haben das geschafft. Das hierarchische Schulsystem

wird als Folge des Schülerrückgangs „repariert“, bleibt aber erhalten.

Wie lange will Lohmann die Reform „zeitlich strecken“? Wie viele tausend Schüler/innen müssen dadurch „auf der Strecke bleiben“? Wie viele Kapazitäten gehen dadurch unserer Gesellschaft verloren? Eine neue Schulreform, die mehr sein will als eine bloße Strukturveränderung mit Etikettenwechsel, muss auf die drängenden Fragen nach einer besseren und gerechten Schule Antwort geben. Die Gesamtschule hat das getan und tut es weiter, die „Oberschule“ kann das nicht leisten. Das „Zwei-Säulen-Modell“ führt zu einem Zwei-Klassen-Schulsystem, es trennt anstatt zusammenzuführen. Das aber kann nicht die Aufgabe der GGG sein, der ich seit fast 40 Jahren angehöre. Wer, wenn nicht sie und wir, muss an dem Ziel der Gesamtschule im Rahmen einer umfassenden Reform des Schulwesens festhalten? Die vielen guten Gesamtschulen zeigen, dass ihr Weg keine Traumtänzerie ist, sondern die Verwirklichung einer „realistischen und fruchtbaren Utopie“, wie Picht es einmal genannt hat.

Mit freundlichem Gruß
Herbert Kastner



AUS DEN LÄNDERN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Es ist tatsächlich passiert. Die schwarzgelbe Regierung ist nach fast 60 Jahren CDU-Herrschaft abgelöst! Nicht nur das im Frühling erwachende Land, auch die Politik wird grün. Die Eiszeit ist beendet, das Klima kippt in einen anderen Zustand und überspringt dabei noch Rot. Dies war schon in der ersten Sitzung des Netzwerks

Länger gemeinsam lernen nach den Wahlen zu spüren. Völlig neu und unerwartet für uns Netzwerker war die Tatsache, dass sich aus dem Kreise der Anwesenden Leute meldeten, die in der *Arbeitsgruppe Bildung* an den Koalitionsverhandlungen von Grün und Rot teilnehmen. So saß bei dieser Sitzung am 04.04.2011 Renate Rastätter, die bildungspolitische Sprecherin der GRÜNEN, die uns all die Jahre im Netzwerk in Stuttgart begleitet hatte, nun als Mitglied

der Arbeitsgruppe gegenüber und wollte von uns etwas über unsere Vorstellung von der neuen Schule hören. Nach all den strategischen Debatten in vielen Sitzungen vor der Wahl redeten die zahlreich erschienenen Netzwerkmitglieder nun erstmals über mehr inhaltliche Fragen, wie z. B.: Welche Schule wollen wir? Was ist eine gute Schule? Wie erkennt man die Qualität einer guten Schule? Wie setzt man das alles um? Zum ersten Mal auch gab es zu diesem Thema eine entsprechende Hausaufgabe“. Ein zentraler Punkt bei der Diskussion darüber war schnell gefunden: „Eine gute Schule fördert

individuell und selektiert nicht“. Frau Rastätter teilte uns daraufhin mit, dass hier schon die ersten Schritte in dieser Richtung unternommen wurden: Die bisher verbindliche Grundschulempfehlung fällt ab dem Schuljahr 2012/13 weg. Dies sei Konsens zwischen GRÜNEN und SPD. Weiterhin werden ab Regierungsübernahme im Mai alle etwa 60 Anträge aus den Kommunen des Landes auf längeres gemeinsames Lernen überprüft und gegebenenfalls auch genehmigt. Für das Ressort des Kultusministeriums hat die SPD die Mannheimer Schulbürgermeisterin Frau Gabriele Warminski-Leitheußer vorgeschlagen. Eine gute Wahl! Ich kenne sie persönlich aus meiner Arbeit für eine zweite Gesamtschule in Mannheim. Sie hat sich als engagierte Kämpferin für die Idee des längeren gemeinsamen Lernens gezeigt. Im Falle des Konfliktpunktes *Stuttgart 21* hat es bereits eine Einigung gegeben: Die Volksbefragung wird durchgeführt! Der designierte Ministerpräsident Herr Winfried Kretschmann von den GRÜNEN will sich dem Votum der Bürger beugen, falls es eine entsprechende Mehrheit für das Projekt geben sollte. Die Interims-Kultusministerin Frau Prof. Marion Schick war vor ihrer Amtsübernahme in BW noch rasch in die CDU eingetreten. Jetzt kann sie wieder nach Bayern zurück, wo sie herkam, und auch vielleicht wieder austreten. (Oder kann man in Bayern etwa als CDU-Mitglied Karriere machen?)

JÜRGEN LEONHARDT

Liebe GGGler in BW, meldet Euch bei mir, wenn Ihr Lust habt, an der neuen Schule mitzuarbeiten! Mail: J.undG.Leonhardt@t-online.de

BERLIN

In diesem Schuljahr sind sie nun gestartet, die neuen (und „alten“) „Integrierten Sekundarschulen“ (ISS). Als weitergehende Form der integrativen Schule sind auch drei neue Gemeinschaftsschulen (Schule am Rohrgraben/Nikolaus-August-Otto, Tesla, Walter-Gropius) gestartet. Für 2011/12

stehen drei weitere an (Carl-von-Ossietzky, Grundschule im Grünen, Peter-Paul-Rubens/8. ISS Tempelhof-Schöneberg). In allen Bezirken wird es dann Gemeinschaftsschulen nach Berliner Muster geben – also durchgängig von Jahrgang 1 bis 10/13 – bis auf Reinickendorf: Von allen Gremien der beteiligten Schulen (Hannah-Höch/Greenich) wurde der Antrag beschlossen und u. a. vom Bezirksschulbeirat unterstützt. CDU-Stadträtin und konservative Mehrheit im Bezirksparlament lehnten ab. Soviel zum Thema Respektierung des Elternwillens. Einen ersten „Stresstest“ hat die ISS bravourös hinter sich gebracht: die Anmelderunde für 2011/2012. Insgesamt hat es keinen Einbruch bei den Anmeldezahlen gegeben, im Gegenteil: Unter den am stärksten nachgefragten Schulen liegen die integrativen Schulen vorn; die Anmeldungen an Gymnasien sind auf Vorjahresniveau. Einige früher übernachgefragte Gymnasien hatten sogar Mühe, ihre Plätze zu füllen. Allerdings muss sich das problematische Aufnahmeverfahren an den ISS ändern: Die meisten Schulen nehmen jetzt bei Übernachfrage nach den Grundschulnoten auf. Das hat keine inkludierende sondern segregierende Wirkung. Eine mit der ISS angestrebte Bevölkerungsrepräsentativität der Schülerschaft lässt sich so nicht herstellen, auch nicht durch die Quote von 30 % der Schüler/innen, die über das Los einen Schulplatz bekommen. Es besteht die konkrete Gefahr, dass weniger nachgefragte Schulen in die Situation der bisherigen Hauptschulen kommen. Diese Tendenz könnte noch verstärkt werden, wenn das vor kurzem vom Senat vorgestellte Inklusionskonzept – nach den Herbst-Wahlen – ohne Änderung des Aufnahmeverfahrens realisiert werden würde: Weitestgehende Abschaffung der LES-Sonderschulen und des Förder-Status betroffener Schüler/innen, dafür Verteilung der Mittel an die ISS (die Gymnasien bleiben weitest gehend exklusiv). Außerdem hat der Bildungsminister gerade ein „Qualitätspaket“ für die Berliner Schule verkündet. Allerdings verscheucht ein kurzer Blick darauf die Vermutung nicht, dass es eher ein Qualitäts-Feststellungs-Paket als ein

Qualitäts-Steigerungs-Paket ist. Ansonsten lehnen (fast) alle Parteien Strukturänderungen für die nächste Legislaturperiode ab, Konsolidierung und Schulfriede stehen im Vordergrund: CDU und FDP sowieso – immerhin halten sie nicht an der Hauptschule fest –, die GRÜNEN wollen an ihre frühere Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen („Neun macht klug“) nicht so gern erinnert werden, in der SPD setzen sich die Befürworter der gemeinsamen Schule für alle gegen die „Macher“ nicht durch (und so bleibt es bei Parteitagsbeschlüssen), und der LINKEN fehlen die politischen Mitstreiter für die Überwindung der Ständeschule. Mal sehen, was uns die Wahlen im September bescheren werden.

LOTHAR SACK

BREMEN

Die GGG Bremen hat zusammen mit der GEW den 2. Oberschultag veranstaltet (11.04.2011). Zu diesem Fachtag waren die Kolleg/innen der 22 Oberschulen eingeladen, die in Bremen schon seit zwei Jahren ihre Erfahrungen mit der neuen Schulform sammeln konnten, und die Kolleg/innen der sieben letzten Schulzentren, die sich zum Schuljahr 2011/12 ebenfalls zu Oberschulen entwickeln sollen. Neben dieser Säule *Oberschulen* gibt es in Bremen noch acht Gymnasien, die die zweite Säule des Schulwesens bilden. 80 % der Bremer Schüler/innen gehen auf die Oberschulen, von denen einige auch über eigene Oberstufen verfügen. Auch die schon lange Jahre bestehenden Gesamtschulen firmieren ebenfalls unter dem Etikett *Oberschule*. Ob diese Umformung der Schulstruktur zu der *Einen Schule* für alle führt, wird die weitere Entwicklung zeigen. Jedenfalls sind die Oberschulen jetzt pädagogisch und organisatorisch in der Lage, Gesamtschulpädagogik umzusetzen, denn die meisten Schulzentren – außer den lange existierenden Gesamtschulen – waren Systeme, die fein säuberlich die Trennung in H/R/G praktizierten. Insofern verlangt der Umbau in Oberschulen den Kollegien, vor allem den ehemals

in den Gymnasialzweigen unterrichtenden KollegInnen, eine totale Umorientierung ab, um den neuen Anforderungen zu genügen. So war denn auch das Thema des Hauptreferats des Fachtags dem Umstand geschuldet, dass die Lehrerrolle auf den Prüfstand gestellt werden sollte. Sie muss jetzt neu definiert werden, denn wie aus vielen Kollegien vermeldet wird, verharrten viele Kolleg/innen hartnäckig in der traditionellen Frontal-Unterrichtsrolle, was der integrativen Struktur der Oberschule nicht gerecht wird.

Achim Albrecht, pädagogischer Leiter der Gesamtschule Kassel-Waldau, referierte kompetent und mit vielen Beispielen zu dem Thema *Neue Unterrichtsformen in der Oberschule – Wie ändert sich die Lehrerrolle beim individualisierten Lernen?* In den darauf folgenden Vorträgen verschiedener ausgewählter Oberschulen ging es jeweils um besonders gut gelungene Elemente beim Aufbau der Oberschule, ehe dann in den Workshops, die sich anschlossen, konkrete Erfahrungen im Unterricht angesprochen wurden, wie z. B. individualisierende Differenzierung oder individuelle und kooperative Lernformen. Bis auf den Hauptvortrag von Achim Albrecht, der als Experte von außen einladen war, sind die Vorträge und Workshops von Kolleg/innen der Oberschulen bestritten worden, die jeweils ihr Wissen und ihre Erfahrungen eingebracht haben. Damit wollen wir erreichen, dass Netzwerke unter den Schulen aufgebaut werden können, die die gegenseitige Aufbauarbeit erleichtern helfen. Dieser 2. Oberschultag war ein großer Erfolg, der Zuspruch war riesig, ca. 250 Kolleg/innen haben teilgenommen; die Behörde hat die Durchführung des Fachtags unterstützt und diese wie schon im letzten Jahr als Fortbildung anerkannt.

KARLHEINZ KOKE

NIEDERSACHSEN

Trotz erheblicher Kritik der kommunalen Spitzenverbände, der Oppositionsparteien des Landtages, des Landeselternrates, des

Landesschülerrates und der Mehrzahl der Lehrerverbände hat die CDU/FDP-Landesregierung ihr umstrittenes Oberschulmodell durch eine Schulgesetznovelle eingeführt. Kurz vor der Verabschiedung hat der Philologenverband noch durchgesetzt, dass die Oberschulen keine gymnasialen Oberstufen führen dürfen, sondern nur ein gymnasiales Angebot in der Sek. I. Damit wurde die bildungspolitische Attraktivität der Oberschulen erheblich beeinträchtigt. Sie werden nicht mehr sein als ein neues Türschild, das sich die in Niedersachsen zusammengelegten Haupt- und Realschulen vor den Eingang hängen. Das Kultusministerium rechnet mit ca. 100 Anträgen auf Einrichtung einer Oberschule durch die Schulträger. Wegen der geringen Attraktivität werden es wahrscheinlich weniger werden. Weiter ungebrochen ist der Trend zur Gründung von Gesamtschulen. 2009 und 2010 gab es 32 Neugründungen, für 2011 liegen 10 Anträge vor, von denen 5 genehmigt sind. Damit hat Niedersachsen dann 100 Gesamtschulen, 36 kooperative und 64 integrierte. Bildungspolitisch ärgerlich sind weiterhin die hohen Hürden für die Gründung einer IGS. Für einen Zeitraum von 10 Jahren muss die Nachfrage von 120 Plätzen für eine IGS durch die Schulträger nachgewiesen werden. Kooperative Gesamtschulen dürfen nach dem neuen Schulgesetz nicht mehr gegründet werden. Das Umwandlungsangebot des Kultusministers, Gesamtschulen in Oberschulen umzuwandeln, haben alle Gesamtschulen bisher abgelehnt. Spannend wird in diesem Jahr die Anmeldeunde für die Sek. I-Schulen. Bleibt es bei den hohen Anmeldewerten für die 100 Gesamtschulen, wird erneut bildungspolitischer Druck für Neugründungen aufgebaut, da der nachgewiesene Elternwille für Gesamtschulen ein äußerst starkes Argument in der bildungspolitischen Auseinandersetzung ist. Auf einer gut besuchten Fachtagung der GGG Niedersachsen in der IGS Garbsen wurde das Thema *Neue Rhythmisierung des Ganztags* bearbeitet, da sehr viele Gesamtschulen dieses Thema auf ihrer Weiterentwicklungsagenda haben. Nach dem Referat von Prof.

Manfred Bönsch *Was ist die richtige Lernzeit in der Schule?* diskutierten die Workshops die Rhythmisierungsmodelle der KGS Laaten, der IGS Peine und KGS Neustadt. Auf der anschließenden Mitgliederversammlung wurde der Landesvorstand für weitere zwei Jahre gewählt. Ihm gehören an: Hildegard Grewe (Osnabrück), Gerd Hildebrandt (Wilhelmshaven), Renate Kruse (Hannover), Raimund Oehlmann (Braunschweig), Susanne Pavlidis (Peine), Ulla Pleye (Peine) und Karl-Heinz Uflerbäumer (Osnabrück).

GERD HILDEBRANDT

NRW

Anmeldezahlen 2011

Gemeinsam veröffentlichten die GGG NRW, die Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen und der Landeselternrat auf einer Landespressekonferenz die Ergebnisse der Anmeldeunde 2011. Zum nächsten Schuljahr werden in NRW 6 neue Gesamtschulen und 14 Gemeinschaftsschulen gegründet. Rund 1.900 Schüler/innen wird damit die Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens geboten. Allerdings entspricht dieses zusätzliche Angebot keineswegs dem landesweiten Bedarf. Ein Viertel aller Viertklässler wird inzwischen an 231 Gesamtschulen und 14 Gemeinschaftsschulen angemeldet. Von den 43.460 Kindern, deren Eltern sich eine integrativ arbeitende Schule wünschten, wurden 11.080 wegen fehlender Plätze nicht aufgenommen. Der Wunsch der Eltern nach längerem gemeinsamem Lernen ist überdeutlich. In diesem Jahr wurden 1.070 Kinder mehr angemeldet als im Jahr 2010, dies trotz leicht sinkender Schülerzahlen in den vierten Schuljahren. Mit jeder Neugründung steigt der Anteil der Viertklässler, die an einer integrativen Schule angemeldet werden. Die Daten des Jahres 2011 zeigen: Dort, wo in größerem Umfang Gesamtschulplätze angeboten werden, steigt auch die Nachfrage. Je größer die Chance für ein Kind ist, einen Platz an einer Gesamtschule zu erhalten, umso mehr Eltern finden auch den Weg in die Anmeldung. Die beteiligten Verbände

forderten auf der Pressekonferenz von der Landesregierung die Umsetzung folgender Punkte ein:

Elternwille

Dem veränderten Elternwahlverhalten ist zu entsprechen. Längeres gemeinsames Lernen und das Offenhalten der Schullaufbahn bis hin zum Abitur entspricht dem Wunsch vieler Eltern. In NRW existieren für diese Art von Schule jetzt zwei Modelle: die Gesamtschule und die Gemeinschaftsschule.

Wahl des Modells längeren gemeinsamen Lernens

Die beiden Schulformen Gesamtschule und Gemeinschaftsschule werden beide als Möglichkeit gesehen, Schritte auf dieses Ziel hin zu gehen. Das trifft besonders zu, wenn die Gemeinschaftsschule in integrierter Form geführt wird. Je nach den schulentwicklungsplanerischen Voraussetzungen ist zu entscheiden, ob eine neue Gesamtschule oder Gemeinschaftsschule zielführender ist. Überall, wo die Überhänge und die Situation die Gründung neuer Gesamtschulen zulassen, müssen Gesamtschulen gegründet werden.

Für Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen gilt gleichermaßen, dass die Heterogenität gesichert sein muss

Wenn es um die Gründung einer Gemeinschaftsschule geht, sind die Realschulen und auch die Gymnasien in den Prozess der Schulentwicklungsplanung einzubeziehen. Die Entstehung oder Verfestigung von Restschulen gleich welchen Namens mit anregungsarmen Entwicklungsmilieu muss verhindert werden. Für den Fall, dass die Gemeinschaftsschule lediglich aus einer Hauptschule hervorgeht, ist zu belegen, dass eine heterogene Schülerschaft zu erwarten ist. Heterogenität kann entstehen, wenn die Hauptschule die einzige weiterführende Schule am Ort ist. Ein reiner Etikettentausch ist nicht sinnvoll.

WERNER KERSKI

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Umwandlung der Schullandschaft in ein zweigliedriges System (bzw. dreigliedriges – siehe die Vielzahl von Förderzentren) ist in Schleswig-Holstein im Grunde formal weit fortgeschritten. Die Regionalschulen werden sich über kurz oder lang ebenfalls in Gemeinschaftsschulen umwandeln.

Im Schuljahr 2010/11 gibt es 872 öffentliche allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, 395 Grundschulen, 37 Grund- und Hauptschulen (Hauptschulen auslaufend), 103 Förderzentren, 61 Regionalschulen, 9 Realschulen (auslaufend) inzwischen umgewandelt in Gemeinschaftsschulen, 100 Gymnasien, 134 Gemeinschaftsschulen und 33 berufsbildende Schulen

Schüler/innen: 400.600 Schüler/innen, davon 305.241 Schüler/innen an den allgemein bildenden Schulen und 95.359 an berufsbildenden Schulen

Lehrkräfte: 26.300 Lehrer/innen

Bildungsausgaben 2010: 14,9 Prozent (entspricht 1,412 Milliarden Euro) des Gesamthaushaltes (Nettoausgaben)

Diese Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter dem Namen *Gemeinschaftsschule* durchaus sehr verschiedene Systeme firmieren. Zum einen die Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe, die der direkten Schulaufsicht unterstehen und die wenig äußere Differenzierung kennen, viele Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe, die den Schülern unterstehen und die das längere gemeinsame Lernen ernst nehmen sowie eine Reihe von Gemeinschaftsschulen, die sich für eine schulartbezogene Differenzierung entscheiden haben oder noch entscheiden werden (und damit nichts anderes sind als Haupt- und Realschulen unter anderem Namen). Das formale Fortschreiten der Inklusion wird konterkariert durch die Verschlechterung der Bedingungen, unter denen dies stattfindet. Stundenzuweisungen werden gekürzt, auch die Differenzierungsstunden für die Schulen sind nahezu um die Hälfte re-

duziert worden. Im Zusammenspiel mit der Pflichtstundenerhöhung im letzten Schuljahr schafft die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen keine besondere Begeisterung in den Schulen. Besonders auffällig war im letzten halben Jahr, mit welcher Vehemenz der Bildungsminister für G 9 eingetreten ist. Inzwischen haben 9 Gymnasien sich für G 9 entschieden, drei oder vier für Nebeneinander von G 8 und G 9. Besonders auffällig war auch, mit welcher Vehemenz eben dieser Bildungsminister verhindern will, dass weitere Gemeinschaftsschulen gymnasiale Oberstufen bekommen. Ich hoffe sehr, dass dies nach der Wahl in 2012 anders werden wird. Die Verordnungen über Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und 2. Phase der Lehrerbildung (insbesondere Verkürzung auf 18 Monate usw.) befinden sich zurzeit in der Anhörung. Die GGG S-H wird dazu auch eine Stellungnahme abgeben dürfen, wohlwissend, dass sich dadurch nichts ändern wird. Besonders betrüblich ist bei der Verkürzung der 2. Phase der Ausbildung, dass weiterhin in der Sekundarstufe I nach den drei (vier) Schularten ausgebildet wird. Obwohl es keine Hauptschulen mehr gibt, werden die Lehrkräfte dafür ausgebildet. Möglicherweise will man ihnen den Wechsel nach Bayern ermöglichen. In den Schulartverordnungen steht zwar, dass in der Sekundarstufe I Lehrkräfte aller Laufbahnen von der Klassenstufe 5 bis zur Klassenstufe 10 unterrichten, aber das kümmert die Lehrerbildung nicht! Die Mitgliederentwicklung ist weiterhin besorgniserregend. Durch Besuche bei den einzelnen Schulen durch den Landesvorsitzenden konnten einzelne Schulen als Mitglieder gewonnen werden, das löst aber das Problem der schmaler werdenden Basis kaum. Einzelmitglieder sind kaum zu gewinnen. Dadurch wird die Arbeit im Landesverband nicht leichter. Der LV beteiligte sich finanziell an der Schulleiterfortbildung im März, da ging es um die Implementierung von Leitbildern in der Schule und wird sich bei der Sinus-Herbsttagung – Landesfachtagung Mathematik – (28.–29.10.2011) beteiligen.

KLAUS MANGOLD



Der Titel *Das BASIS-Buch* des Lernens verleitet zur Annahme, hier ginge es um irgendwelche „Basics“, die mit Kindern anzutrainieren seien, ... denn Tests kommen immer wieder. Nein, BASIS ist ein Akronym (genau genommen ein *Apronym*):

- Beziehungen den Vorrang geben!
- Aktives Lernen im Unterricht ermöglichen!
- Sicherheitsnetze für Lernprozesse aufspannen!
- Individuell fördern und fordern!
- Stärken stärken und erfolgsorientiert arbeiten!

Ein pädagogisches Konzept für Unterricht steht im Zentrum dieses schmalen gut lesbaren anregungsreichen Buches, dem auf jeder Seite anzumerken ist, dass die Autorin über viele Jahre Unterrichtserfahrung verfügt und diese mit Kolleg/innen (u. a. in einem bundesweiten Projekt zur Konzeptentwicklung an Gesamtschulen mit saarländischer Beteiligung) reflektiert hat. Erst gegen Ende ihrer langen Berufskarriere hat sie eine Dissertation zur wissenschaftliche fundierten Ausarbeitung ihrer Erfahrungen und Reflexionen genutzt. Auch ihre Tätigkeit als Lehrerbildnerin (in Aus- und Fortbildung) kommen diesem Buch zugute. Edith Rüdell setzt sich kritisch mit dem deutschen Schulsystem auseinander, macht die Neurowissenschaft für das Lernen fruchtbar, ohne die Reformpädagogik zu vernachlässigen, entwickelt ihre BASIS-Philosophie und weist einen „Weg zu mehr Kompetenz und Begabungsentfaltung in unseren Schulen“. Mit Praxistipps ermöglicht und ermutigt sie Lehrer/innen in Teams die Modifikation ihres Unterrichts zu starten. All jene, die längst mit der Reorganisation ihres Unterrichts begonnen haben, werden den Rückenwind spüren, der aus diesem Buch für sie weht. Das BASIS-Buch des Lernens löst sein Versprechen *Mehr Erfolg für unsere Kinder in der Schule* nur dann ein, wenn es gelesen und wenn seine Philosophie zur Praxis wird. Das ist ihm und den Schüler/innen zu wünschen.

Edith Rüdell: Das BASIS-Buch des Lernens. Mehr Erfolg für unsere Kinder in der Schule, Friedrich-Verlag Seelze-Velber, 2010, 118 Seiten, EUR 16,95, ISBN 978-3-7800-1051-3.

KLAUS WINKEL



In der Reihe *Scriptor Praxis* haben Michael Klein-Landeck, Claus Karau und Ilka Landeck „zehn praxiserprobte Bausteine“ unter dem Titel *Unterrichtsentwicklung mit Erfolg* veröffentlicht.

Die drei Autoren sind als Lehrkräfte an Hamburger Gesamtschulen tätig und haben aus der Erkenntnis heraus, dass bei den Schüler/innen mitunter wenig „hängenbleib“, ihre bisherige Arbeitsweise selbstkritisch auf den Prüfstand gestellt, geändert und stellen jetzt ihre Erfahrungen zur Verfügung.

Eigenverantwortliches Lernen in der Schule als Grundlage für einen nachhaltigen Wissenserwerb durch Schüler/innen erfordert Lehrkräfte, die eher beratende und lernbegleitende Funktion haben. Das geschieht durch Arbeit in der *Lernwerkstatt*, im *Lernbüro* und in *Epochen*. Diese drei Bereiche werden ausführlich mit Beispielen und nachvollziehbar beschrieben, dazu stehen Kopiervorlagen „Checkliste Lernwerkstatt“, „Arbeitsplaner Lernbüro“ und „Bewertung Epochenmappe“ für die Hand der Schüler/innen zur Verfügung.

Die weiteren Kapitel befassen sich mit der Wochenplanung, der Lernumgebung, der Organisation von Lernprozessen, Arbeitsmitteln für die Freiarbeit, Regeln und Ritualen in der Schule, Leistung fördern und fördern, Feedbackkultur, Altersmischung sowie begleitenden Strukturen wie Fortbildung, Hospitation und Evaluation. Konkrete Beispiele und Fotos werden und können die Leserinnen und Leser ermutigen, nachhaltige Unterrichtsarbeit zu beginnen oder fortzusetzen. Die Kopiervorlagen in allen Kapiteln sind dabei eine konkrete Hilfe.

Michael Klein-Landeck, Claus Karau und Ilka Landeck: Unterrichtsentwicklung mit Erfolg, Cornelsen-Verlag Berlin, 2010, 160 Seiten, EUR 18,95, ISBN 978-3-589-23149-2.

WOLFGANG VOGEL

TERMINE

30.6. bis 01.07.2011

GGG-Bund
Bundesvorstandssitzung
Stedesdorf

24.08.2011

GGG-Bund
Bundesvorstandssitzung
Bremen

16. bis 18.09.2011

GGG-Bund
32. Bundeskongress
Robert-Bosch-Gesamtschule, Hildesheim

20.09.2010

GGG-Rheinland-Pfalz in Koop mit GEW
Gesamtschultag
Sprendlingen

01. bis 05.10.2010

GGG-Hessen
Seminar und Schubesuch (14)
Institut Beatenberg (CH)

11. bis 12.11.2010

GGG-Bund
Bundesvorstand und Hauptausschuss
voraussichtlich Göttingen

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Artur Flemming (11.07.1936)
Karl-Heinz Adamski (18.07.1936)
Frieder Schöbel (24.07.1936)
Christa Lohmann (09.08.1936)
Christa Burbat (31.08.1936)

Wir gratulieren zum 80. Geburtstag

Herbert Golz (22.08.1931)

KOMMENTAR



Bio-ökologische Glosse zur Gattung Hauptschüler

Der Hauptschüler *Alumnus robustus* als Gattung ist in Zentraleuropa endemisch und siedelt in der Hauptschule. Daher auch der Name. Hauptschulbiotop verteilen sich als ökologische Nischen fast nur über Zentraleuropa und haben sich in der Vergangenheit als karge, unfruchtbare Reviere für die Evolution der Hauptschüler bewährt, da diese ihrer Natur nach genügsam sind. Der Hauptschüler kommt mehrheitlich in männlicher Form daher, was eigentlich seine Erhaltung und Fortpflanzung erschweren müsste – dem ist aber nicht so, wie noch zu zeigen ist. Die Hauptschulterrains stehen seit Jahrzehnten kurz vor dem Aus, vermutlich eine Folge des Klimawandels. Aber selbst ein völliger ökologischer Zusammenbruch würde nach Ansicht mancher „Experten“ nichts an der Tatsache ändern, dass dann der Hauptschüler als Gattung ja immer noch weiterbesteht und aus Gründen der Biodiversität auch weiterhin bestehen bleiben soll und muss. Dabei ist unklar, wohin, im Sinne des Artenschutzes, mit ihm. Es laufen Versuche. Fragen wir den Biologen: Was ist denn überhaupt ein Hauptschüler? Leider gibt es keine zuverlässigen Klassifikationsmerkmale. Dass er längere Ohren trägt, darf ins Reich der Märchen verwiesen werden. Mit einiger Sicherheit jedoch scheint er ein Kreuzungsprodukt zu sein. Die einfachste Möglichkeit: Kreuzt man eine weibliche Hauptschülerin mit einem männlichen Hauptschüler oder einem Typ ohne jeden Schulabschluss oder umgekehrt, so entstehen im dominanten

Erbgang oft wieder reinerbige Hauptschüler. Sie sind manchmal besonders fruchtbar, so dass gerade deswegen, im Hinblick auf das dürftige Terrain, arterhaltende Maßnahmen laufend erforderlich sind – der Hauptschüler ist kein Selbstläufer! Kreuzungen von Hauptschülerinnen oder Hauptschülern mit den verwandten Gattungen *Alumnus optimus gym.* oder *Alumnus realis comm.* sind theoretisch möglich, es besteht keine Immunschranke. Von den Elterntieren selbst oder den Wildhütern wird eine Vermischung aber weitgehend abgelehnt und verhindert. Prinzipiell muss im Sinne der Artenvielfalt dem Einkreuzen anderer Gattungen enge Grenzen gesetzt werden, wenn man die Gattung Hauptschüler rein erhalten will bzw. damit der Hauptschüler nicht seine spezifische Genügsamkeit verlieren soll! Eine große Rolle bei der Rettung des Hauptschülers spielen die Kosten. Die erwähnte Genügsamkeit der Hauptschüler kam früher, im Kampf um die bekanntlich knapp gehaltenen Ressourcen, in erwünschter Weise den anderen Gattungen zugute. Eventuell muss nun zugefüttert werden! Auf wessen Kosten?!

In diesem Zusammenhang erinnere man sich an die bedauerlichen Beispiele misslungener Artenpflege vor einigen Jahrzehnten in den östlichen Randgebieten. Dort wurde bekanntlich, genau verkehrt, mittels gezielter Fördermaßnahmen für die *Robustus*-Gattung einerseits und durch künstliches Fernhalten der wertvollen Gattungen von

den Futterplätzen andererseits das größte Chaos geschaffen. Dies rief in westlichen Gefilden selbstverständlich Entsetzen und Abscheu hervor. Aber auch anhaltendes Gejammer der hiesigen Ranger und Pressekommentatoren brachte so gut wie nichts: Unbeirrt wurde denen, die bei uns als astreine Hauptschüler ihren natürlichen Trieben in Freiheit folgen dürfen, dort der Zugang zu fetteren Weideplätzen aufgezwungen. So verlor ein großer Teil von ihnen die gattungsspezifischen Eigenschaften und zog, etwa bei Abwanderung, die westlichen Biotop in Mitleidenschaft, indem Nischenplätze besetzt wurden, die eigentlich anderen Gattungen vorbehalten sein sollten. Die in den Zonen drüben entstandene Verwirrung wurde inzwischen gottseidank durch gezieltes Auf-den-Kopf-Stellen der Verhältnisse bereinigt, das Problem allerdings nicht gelöst. Bis heute nicht. Sollen wir nun abwarten, bis unseren christlichen Parteien die entsprechenden göttlichen Eingebungen zuteil werden oder bis den sozialen Parteien der Mut wächst? Oder bis die Vertreter der Lehrmittel- und Computerindustrie den liberalen Parteien unter die Arme greifen?

O-Ton des Ministers für Kultur und Natur, Dr. Vonderfettweide, in der letzten Talkshow im Studio Alt-Bonn: Packen wir's an!

Zwischenruf aus dem Publikum: Bloß nicht!

ULRICH HAIN